

LEBEN

LEBEN IM VERBORGENEN

Von Verhältnissen wie in Westeuropa können Homosexuelle in Serbien nur träumen.

24

TRAUBENKERNE, ANTIK

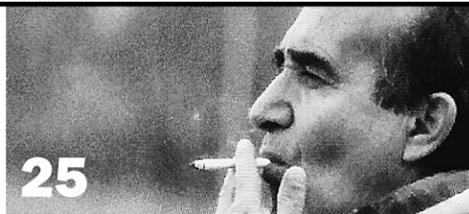
Auch wo es keine griechischen Tempel gibt, finden ArchäologInnen Aufsehererregendes.

26 WISSEN

ANTISEMITISMUS

Ein Sammelband über Judenhass, Israelkritik und «Islamo-Faschismus».

27 WISSEN



JENISCHE EIDGENOSSEN Etwa 2500 Fahrende gibt es noch in der Schweiz. Ihr Leben ist geprägt von der Suche nach Plätzen für ihre Wohnwagen. Eine Situation, die auch die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende des Bundes nicht verbessert hat.

Leere Worte statt Plätze

Von Corinne Buchser (Text) und Tanja Buchser (Fotos)

«Wir sind Fahrende und keine Camper», sagt der 53-jährige Schweizer Jenische Ernst Spichiger (geb. Moser-Waser). Und doch hat er seinen Wohnwagen zurzeit inmitten von Ferienwohnmobilen mit Gartenzwerge und Geranienkübeln platziert. In Deutschland. Ernst Spichiger und seine Reisegefährten Ruedi und Rosmarie Waser haben in der Schweiz kein Winterquartier gefunden und mussten deshalb über den Rhein ausweichen – auf einen Campingplatz. Durch das mit blauen Gardinen eingerahmte Plastikfenster des Vorzeltes ist eine Reihe kahler Bäume zu sehen, deren Äste wie Tentakel in den grauen Winterhimmel ragen. Die Strasse dahinter führt zur Grenze. Die drei Fahrenden sind froh, dass sie die Wintermonate hier verbringen können. Der Platzwart sei äusserst verständnisvoll, und auch das Verhältnis zu den paar Campern, die noch der Kälte trotzen, sei freundschaftlich. «Campingplätze sind jedoch keine Lösung für die Fahrenden», sagt Waser, und seine Augen hinter der Brille blitzen. «Was wir brauchen, sind kleine Plätze, auf denen wir spontan halten können», so Spichiger. Obwohl sie ein gutes Verhältnis zu zahlreichen Sesshaften hätten, gingen solche Plätze, die ihnen nach Absprache gegen ein kleines Entgelt zur Verfügung gestellt würden, immer mehr verloren – und somit auch der Austausch mit den «Bauern», wie die Jenischen die Nichtjenischen bezeichnen. «Die Politik führt zu einer Ghettoisierung der Fahrenden», sagt Spichiger mit eindringlicher Stimme und drückt seine Zigarette im Aschenbecher auf dem farbigen Blumentisch aus.

In der Raumplanung ignoriert

Der so genannte «spontane Halt» wird den Fahrenden durch das Campingverbot und die Baubewilligungspflicht – für das Aufstellen eines Wohnwagens ist in den meisten Kantonen eine Baubewilligung erforderlich – immer wieder verunmöglicht. Die Fahrenden wurden bei der Raumplanung ignoriert. Heute ist in der Schweiz praktisch jeder Quadratmeter Land besiedelt oder sonst wie genutzt: Schrebergärten, Hornusser- und Schiessplätze gibt es en masse, aber keine «freien Zonen» für Fahrende. Die Folge davon: Halten die Fahrenden irgendwo, ist das illegal. Insbesondere dort, wo Gemeinden offizielle Standplätze (auf denen Fahrende die Wintermonate verbringen) oder Durchgangsplätze (wo sie auf ihren sommerlichen Markttouren Halt machen) geschaffen haben. So zum Beispiel in Allmendingen bei Thun: Seit der Eröffnung des Durchgangsplatzes im Jahr 1990 werden sie von den umliegenden Gemeinden umgehend nach Allmendingen verwiesen. Ein teures Pflaster: In Allmendingen beläuft sich die Platzgebühr pro Tag und Wagen (inklusive Strom, Wasser und Abfallentsorgung) auf zwölf «Schuri» (Franken), das sind pro Monat rund 360 Franken Platzgebühr – für die Fahrenden viel Geld und fast dreimal so viel, wie Ernst Spichiger und das Ehepaar Waser auf dem Campingplatz in Deutschland zahlen. Die drei Fahrenden sehen in dieser Entwicklung eine klare Einschränkung der Reise- und Niederlassungsfreiheit. «Das ist ein tiefer Einschnitt in unsere Kultur», sagt Ruedi Waser und verwirft die Hände, so als hoffe er, damit die desolate Lage ändern zu können. Sind die offiziellen Plätze voll – ausländische Fahrende reisen in Kara-



Fahrende auf einem Campingplatz: Mit «lustigem Zigeunerleben» hat die Realität wenig zu tun.

wanen von dreissig bis vierzig Wohnwagen –, bestehen kaum noch Ausweichmöglichkeiten. Dieses beklemmende Gefühl, nirgends Platz zu finden, ruft in Spichiger Kindheits Erinnerungen wach. Erinnerungen, die von dunklen Schatten überzogen sind: Spichiger ist Opfer des innerhalb der Stiftung Pro Juventute gegründeten «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» und leidet bis heute physisch und psychisch an seiner Vergangenheit. Statt Geborgenheit und Nestwärme erlebte er Missbrauch und Ausbeutung. Ein Zuhause gab es nicht –

er ist insgesamt in einem Dutzend Pflegefamilien und Heimen aufgewachsen. Spichiger, der als Kunstmaler tätig ist, holt im Wohnwagen eines seiner Werke hervor. Über einer farbenprächtigen Landschaft hängen wie dunkle Wolken Wohnwagen an Kranseilen. Der Titel des Bildes: Luftplätze.

Mehr als dreissig Jahre nach der Schliessung des «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» kämpfen die Schweizer Fahrenden immer noch um ihren Platz in der Gesellschaft. Wie aus den Gemeindeabstimmungen der letz-

ten Jahre hervorgeht, stehen der Schaffung von Lebensraum jedoch nicht in erster Linie die Kosten, sondern schlicht fehlender politischer Wille und Vorurteile gegenüber Fahrenden entgegen. «Es ist nicht Aufgabe des Staates und auch nicht der Gemeinden, ethnischen Minderheiten irgendwelche materiellen Vorteile auf Kosten des ohnehin leidgeprüften Steuerzahlers zu gewähren, im vorliegenden Fall umso weniger, als es sich bei den Zigeunern um nicht integrationsfähige und auch nicht integrationswillige Minderheiten handelt», meint

etwa der Zürcher SVP-Vertreter Dieter Hierholzer (Protokoll des Zürcher Verfassungsrates vom Dezember 2002 zur Abstimmung über die Frage, ob Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende im öffentlichen Interesse liegen).

Wut im Bauch

«Wie können Politiker über unser Leben entscheiden, wenn sie nicht wissen, wer wir sind?», so Spichiger. Während der Austausch mit der sesshaften Bevölkerung für die drei Fahrenden immer wieder bereichernd ist, fühlen sie sich durch die oft fehlende Akzeptanz von Politik und Behörden in die Ecke gedrängt. «Ihr habt dieses Leben selber gewählt, nun schaut, wo ihr hinkommt», habe ihm eine Gemeindeangestellte geantwortet, als er wegen eines Platzes das Gespräch suchte, sagt Spichiger. Auch das polizeiliche Prozedere könne zur Schikane werden, erzählt Rosmarie Waser. Nachdem sie sich das letzte Mal vorschriftsgemäss bei der Stadtpolizei Frauenfeld angemeldet und das Depot von hundert Franken bezahlt hätten, sei ihnen zwar die Schranke des eingezäunten Durchgangsplatzes – der weder über Strom noch Wasser verfügt – geöffnet worden, doch habe es keine zwei Minu-

«Ihr habt dieses Leben selber gewählt, nun schaut, wo ihr hinkommt.»

ten gedauert, bis die Kantonspolizei auf dem Platz auftauchte und eine Ausweiskontrolle durchführte. «Wir fahnden nach einem Kriminellen, da fangen wir doch am besten gleich hier an zu suchen», beschied ihnen ein Polizist. «In solchen Momenten hat man eine unheimliche Wut im Bauch», sagt Waser.

Zur Sicherung und Verbesserung der Lebenssituation der Fahrenden hat der Bund 1997 die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» ins Leben gerufen. Die mit einem Stiftungskapital von einer Million Franken dotierte und mit jährlich 150 000 Franken subventionierte Stiftung, deren Stiftungsrat sich aus fünf Fahrenden und je zwei VertreterInnen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zusammensetzt, soll die interkantonale und interkommunale Zusammenarbeit fördern und «nach raschen und unbürokratischen Lösungen suchen» – insbesondere in Sachen Stand- und Durchgangsplätze. «Diese Vertreter, das sind studierte Leute, die können auf behördlicher Ebene mehr bewirken als wir», sagt der Jenische Daniel Huber, Vizepräsident der Radgenossenschaft der Landstrasse, der Dachorganisation der Fahrenden, und Stiftungsratsmitglied.

Gemäss dem von der Stiftung in Auftrag gegebenen und 2001 publizierten Gutachten «Fahrende und Raumplanung» sollten innerhalb von zehn Jahren für insgesamt 34 Millionen Franken Sanierungen vorgenommen (gemäss Gutachten weisen 47 der damals 48 Durchgangsplätze erhebliche infrastrukturelle Mängel auf) und je 30 neue Stand- und Durchgangsplätze geschaffen werden, also praktisch eine Verdoppelung des heutigen Platzangebots. «Das vorliegende Gutachten vermittelt erstmals verlässliche Angaben zu den räumlichen Bedürfnissen → Seite 24

LEBEN

HOMOSEXUALITÄT IN SERBIEN Ihre einzige Disco muss von der Polizei beschützt werden: Von westeuropäischen Verhältnissen können Schwule und Lesben in Belgrad nur träumen.

Die Emanzipation ist weit weg

Von Markus Bachmann

An der ersten Belgrader Gay Pride im Juni 2001 nahmen nur einige Dutzend Personen teil. Noch bevor der Umzug richtig starten konnte, wurde er von einer Horde organisierter Hooligans angegriffen. Chaos brach aus, es gab Verletzte. Ein Aufschrei ging damals durch die internationale schwul-lesbische Gemeinde. Wie steht es heute, dreieinhalb Jahre später, um die Situation von Schwulen und Lesben in Serbien?

Nicht viel besser als damals – dies ist jedenfalls die Meinung von Boris Milicevic. Der Dreissigjährige muss es wissen, er ist einer der wenigen serbischen AktivistInnen der Szene. Milicevic bedauert, dass nicht gleich 2002 eine zweite Pride durchgeführt worden sei. Damals war Zoran Djindjic noch Premierminister. Milicevic erklärt, dass Djindjic von der «moderat nationalistischen» Demokratischen Partei die Einsicht gehabt hätte, dass ein Anlass wie die Pride nicht zuletzt für die internationale Reputation Serbiens von Nutzen gewesen wäre. Djindjic wurde im März 2003 aus dem Hinterhalt erschossen. Seine Regierung war gegenüber den Anliegen der schwul-lesbischen Gemeinschaft offener gewesen als die nachfolgende Regierung von Boris Tadic. 2004 nun war wieder eine Pride geplant. Die Polizei hätte zum Schutz vor Angreifern aufgebieten werden können, aber die Angst, dass sie sich – wie schon früher – bei einem Angriff passiv verhalten würde, war zu gross, und das Vorhaben wurde schliesslich fallen gelassen.

Doppelleben ist die Regel

Milos ist zusammen mit seiner Schwester und den Eltern auf dem Hof der Grosseltern in einer Kleinstadt nörd-

lich der Hauptstadt Belgrad aufgewachsen. Der 28-Jährige ist schwul, er hat ausschliesslich sexuelle Kontakte mit Männern. Trotzdem weiss niemand aus seiner Umgebung, dass er Männer Frauen vorzieht, weder die Eltern noch der Onkel, bei dem er in Belgrad lebt, noch seine Kommilitonen an der Universität. Milos hat keine feste Beziehung. Seine Liebhaber findet er in der Regel im Chat einer serbischen schwul-lesbischen Webseite. Die Hälfte der Männer, die er zu einem Abenteuer trifft, sei verheiratet oder mit einer Freundin liiert, sagt er, und sie hätten in aller Regel auch kein Problem mit ihrem Doppelleben. Dieses Leben, das Milos und seine Partner führen, ist die Regel und nicht die Ausnahme, sogar in Belgrad, der pulsierenden Metropole mit offiziell 1,6 Millionen EinwohnerInnen. Diese versteckt gelebte Homosexualität erinnert vage an Zustände, wie sie westlich des Eisernen Vorhangs vor der sexuellen Revolution der Norm entsprachen. Eine Revolution, die auch das Selbstverständnis von Schwulen und Lesben stärkte. Auf der anderen Seite des Vorhangs hingegen herrschten andere Vorzeichen.

Schwule und Lesben sehen sich ganz allgemein in Ost- und Südosteuropa einer ausserordentlich stark patriarchal geprägten Gesellschaft gegenüber, in der die konservative, meist traditionell orthodoxe Kirche eine zentrale Rolle spielt. Homosexualität wird in einem solchen Umfeld tabuisiert. In Serbien ist die Situation noch um einiges komplexer. Während in andern Staaten Ost- und Südosteuropas die politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen die Gesellschaft schon Anfang der neunziger Jahre umkrempten, verlor Serbien in seiner Entwicklung wichtige Zeit an einen blutigen Bürgerkrieg.

Milos hat weder in den verschiedenen Kriegen Angehörige verloren, noch war er selber zum Militärdienst eingezogen worden. Trotzdem spricht er von einem Gefühl der Lähmung und Depression, das das Land während der neunziger Jahre fest im Griff hatte. Damals sei es darum gegangen, wie die Familie überlebe, darum, dass etwas auf den Tisch komme – und nicht um sexuelle Orientierung. Vor diesem Hintergrund sei verständlich, dass die Emanzipation der Schwulen und Lesben in Serbien um Jahre zurückgeworfen wurde.

Junger Gay-Aktivismus

Die erste serbische Gay-Organisation, Arkadija, wurde 1990 gegründet. Erst als 1994 der Artikel 110 im Strafgesetzbuch, der homosexuelle Kontakte zwischen männlichen Partnern auch bei gegenseitigem Einverständnis verboten hatte, gestrichen wurde, konnte Arkadija legal agieren. In den späten neunziger Jahren lancierten Gay-AktivistInnen eine Kampagne gegen Homophobie. Ein weiterer Meilenstein der schwul-lesbischen Emanzipation war ein Kulturfestival, das im Jahr 2000 durchgeführt wurde. Es war das erste Mal, dass sich eine grössere Anzahl schwuler oder lesbischer Menschen an einem öffentlichen Ort zusammenfanden und so eine sichtbare Gruppe bildeten. Heute agieren in Serbien drei Organisationen, die über eine Infrastruktur verfügen, die von ausländischen Gruppen mitfinanziert wird. Das sind Gayten (Novi Sad), Labris (Organisation von Frauen) und New Age Rainbow.

Der Aufmarsch der Hooligans an der Pride 2001, denen notabene ein Geistlicher vorangeschritten war, ist nur einer von zahlreichen Übergriffen auf Schwule und Lesben. Der Aktivist Boris Milice-

vic ist auch Veranstalter von Gay-Partys, die alle zwei Wochen im Can-Can-Klub stattfinden. Der grosse Klub ist dann jeweils voll mit meist jungen Schwulen und Lesben, die ausgelassen tanzen, lachen, trinken – ein Klub wie jeder andere, wie es scheint. Erst auf den zweiten Blick sieht man die Gruppe von Polizisten, die diskret im Eingangsbereich stehen. Der Veranstalter hat sie aufgeboten. Diese Vorsichtsmassnahme sei sinnvoll, bekräftigt Milicevic, denn die Homophobie in Serbien sei gross und tätliche Angriffe auf Schwule und Lesben häufig. Es gebe eine hohe Dunkelziffer von Opfern, die aus Angst vor den Tätern von einer Anzeige absehen. In Serbien existiert zwar ein Informationsgesetz, das unter anderem Schwule und Lesben ausdrücklich vor Diskriminierung schützen soll und Hassreden verbietet, trotzdem hat die Homophobie in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen.

Die Provinz erreichen

Im Moment wird in Serbien an einer neuen Verfassung gearbeitet. Wer genau daran schreibt und wie weit der Entwurf gediehen ist – und vor allem die Frage nach einem Diskriminierungsartikel –, vermag niemand konkret zu beantworten. Denn es gibt nur etwa dreissig schwule oder lesbische AktivistInnen in Serbien. Vielen von ihnen fehlt es an politischer Erfahrung. Hier könnten ausländische Gruppen einspringen, indem sie etwa Seminare zu Lobbying, Communitybuilding oder Fundraising anbieten. Vor allem die Schaffung einer sichtbaren Community scheint ein zentrales Anliegen zu sein. Die serbischen AktivistInnen wünschen sich kulturelle Events wie Ausstellungen, Lesungen, Theater- und Filmfestivals oder auch Podiumsdiskussionen. Ausländische Hilfe, in welcher Form auch immer, darf aber nicht, wie so oft, an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigangelt werden. Die Frage muss beispielsweise gelöst werden, wie Schwule und Lesben in der Provinz erreicht werden können. Denn noch heute kommt es vor, dass sich ein Dreissigjähriger bei einer Gay-Organisation meldet, der noch nie einen anderen Schwulen getroffen hat.

www.gay-serbia.com ist eine Webseite, die über das schwul-lesbische Leben in Serbien informiert. Hier finden Interessierte Hinweise zu Organisationen, aber auch die Adresse des einzigen Gay-Klubs im Zentrum von Belgrad. Die Seite bietet ausserdem Links zu anderen Organisationen aus Ländern Ost- und Südosteuropas.

→ Fortsetzung von Seite 23

der Fahrenden und zu den Anforderungen an Stand- und Durchgangsplätze. Es entwirft zudem eine gesamtschweizerische, dennoch regional differenzierte Sicht», schrieb die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss im Vorwort des Gutachtens. Rund zwei Jahre später reichte die Kommission des Nationalrates für soziale Sicherheit und Gesundheit auf Anregung der Stiftung ein Postulat für



Luftplätze: Ein Gemälde von Ernst Spichiger.

einen Bericht über die Situation der Fahrenden ein, der insbesondere klären soll, «wie viele zusätzliche Plätze zur Abdeckung der bestehenden und absehbaren Bedürfnisse nötig wären» (der erste offizielle Bericht zur Situation der Fahrenden von 1983 wurde gewissermassen schubladisiert). Paul Fink, wissenschaftlicher Adjunkt im Bundesamt für Kultur und Vizepräsident der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende sagt: «Niemand hat einen absolut zuverlässigen Überblick über die Stand- und Durchgangs-

plätze in der Schweiz.» Doch Gutachten und Berichte allein nützen den Fahrenden nichts, vor allem wenn sie Papier bleiben.

Ein Teil der Bevölkerung

Tatsache ist, dass seit dem achtjährigen Bestehen der Stiftung den Fahrenden weder mehr offizielle Plätze zur Verfügung gestellt noch der «spontane Halt» erleichtert wurden. «Es ist nach dem ausdrücklichen Willen des Parlaments nicht Aufgabe der Stiftung, Plätze einzurichten. Sie wurde deshalb auch nicht mit dem entsprechend höheren Kapital ausgestattet», sagt Urs Glaus, Geschäftsleiter der Stiftung und Rechtsanwält. Über das Prozedere mit den Baubewilligungen beim «spontanen Halt» ist er nicht im Bilde. Was tut die Stiftung als Dialogförderin konkret? «Die Stiftung setzt sich dafür ein, die politischen und rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung von Plätzen zu verbessern», sagt Fink. So sei beispielsweise das ebenfalls von der Stiftung in Auftrag gegebene Rechtsgutachten des Bundesamtes für Justiz «Rechtstellung der Fahrenden» im Bundesgerichtsentscheid vom 28. März 2003 bestätigt worden. Dieser weise ausdrücklich darauf hin, dass Fahrende Teil der Schweizer Bevölkerung seien und somit deren Bedürfnisse in der Raum- und Zonenplanung berücksichtigt werden müssten. Alles schön und gut, doch: Das Bundesgericht untersagte im gleichen Urteil dem Sinto May Bittel – ebenfalls Stiftungsratsmitglied –, auf seinem eigenen Grundstück in der Landwirtschaftszone einen Standplatz zu bauen. Urs Glaus meint dazu: «Die Erwägungen des Bundesgerichtes im Entscheid vom 28. März 2003 haben sehr weitreichende Bedeutung, weit über den Entscheid in jenem konkreten Fall hinaus.»

Ruedi Waser und Ernst Spichiger, der sich mit dem Projekt «Schinagel» (Arbeit) selbst für das Überleben der jenschen Kultur einsetzt, schenken der Stif-

tung Zukunft für Schweizer Fahrende nicht viel Vertrauen. Auch von der ebenfalls vom Bund subventionierten Dachorganisation der Fahrenden, der Radgenossenschaft der Landstrasse, sind sie enttäuscht.

«Was hat sich für uns verbessert? Nichts!», entrüstet sich Spichiger. «Der Bund wartet nur, bis die Opfer der «Aktion Kinder der Landstrasse» gestorben sind», sagt er, der als einziger seiner Familie das traurige Kapitel überlebt und zu seinen Wurzeln zurückgefunden hat. Von Wasers zahlreichen Verwandten sind heute nur noch drei Parteien auf Achse. Die anderen sind in eine Wohnung gezogen und zu «Betonyankees» geworden, wie die Fahrenden die sesshaften Jenischen nennen. «Irgendwann hat man einfach keine Energie mehr», sagt Waser. Hat er auch

Die Jenischen

Rund ein Zehntel der jenschen Bevölkerung Europas lebt in der Schweiz. Der Rest ist vorwiegend in Süddeutschland, Österreich, Luxemburg sowie dem Südtirol und im Elsass zuhause. Von den 30 000 bis 35 000 Schweizer Jenischen fahren nur noch schätzungsweise 2500 Personen, davon sind die meisten von Frühling bis Herbst auf der Reise, ein kleiner Teil ganzjährig. Die jensche Sprache basiert auf dem Deutschen und enthält Elemente aus dem Jiddischen, Französischen, Italienischen und dem Romanes, der Sprache der Sinti und Roma. Die Herkunft der Jenischen, die aufgrund ihrer hellen Hautfarbe teilweise auch als «weisse Zigeuner» bezeichnet werden, liegt weitgehend im Dunkeln. Im «Kampf gegen die Vagantität» trennte das innerhalb der Pro Juventute gegründete «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» unter dem Deckmantel der Nächstenliebe und mit moralischer und finan-

schon daran gedacht, das Leben auf Rädern aufzugeben? «Vor rund acht Jahren haben wir unseren Wohnwagen verkauft», erzählt er und hakt seine Daumen in den roten Hosenträgern ein, «doch kaum kam der Frühling, haben wir es in unserer Wohnung nicht mehr ausgehalten.» Spichiger öffnet den Reissverschluss des Vorzeltes und zeigt mit der Hand auf den zwischen sanften Hügeln eingebetteten Vorplatz, an dem träge der Rhein vorbeifliesst. «Wir haben keine Wohnung, aber einen grossen Balkon.» Plötzlich vermischen sich das zaghafte Vogelgezwitscher und der Lärm vorbeifahrender Autos mit heimeligen Klängen: Waser greift in die Tasten seines Schwyzerörgelis. «Den Humor haben wir jedenfalls noch nicht verloren», sagt Spichiger und wippt lachend im Takt der Musik. ♦

zieller Unterstützung des Bundes zwischen 1926 und 1973 über sechshundert jensche Kinder von ihren Eltern. Im Dezember 2001 hat der Ständerat die Ratifizierung der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über indigene Völker abgelehnt, die vorsieht, dass ethnische Minderheiten – insbesondere bezüglich ihrer Landrechte – geschützt werden sollen. Der Bundesrat und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) befürworteten eine Ablehnung, weil sie anfallende Kosten und eine Flut von Gesetzesänderungen befürchteten. (Auswirkungen einer allfälligen Ratifizierung der ILO-Konvention 169 werden ebenfalls im oben erwähnten Bericht über die Situation der Fahrenden in der Schweiz untersucht.) Die Jenischen sind bis heute in der Schweizer Bundesverfassung nicht namentlich als Minderheit aufgeführt.

Corinne Buchser

KOST UND LOGIE



Verstauungsstörung

Es gibt Menschen, die leben zwischen glatten, leeren Flächen. Mitten drin eine niedrige Tischplatte, in der sich die flache Obstschale spiegelt. Neben dem Diwan im luftigen Regal zwei, drei, höchstens sieben erlesene Kunstbände, geschmackvoll arrangiert, davor die schlanke Bodenvase mit einem einzigen blühenden Zweig. Am Bett solcher Menschen findet sich maximal ein Buch, und auf ihrem Schreibtisch ... ach, der Schreibtisch: eine weite Ebene, staubfrei! Wo? haben? diese? Menschen? ihre? Sachen? Wenn Sie auch dazugehören, müssen Sie nicht weiterlesen, es sei denn, es interessiert Sie aus wissenschaftlicher Sicht. Für mich hingegen zählt das Aufräumen neben Heuschreckenschwärmen und Flutkatastrophen zu den klassischen Geisseln der Menschheit. Mit der Geschichte der alten Frau, die sich nur noch kriechend durch ihre Wohnung bewegen konnte, weil die Zeitungsstapel längst über ihr zusammengebrochen waren, motiviere ich mich, wenns gar nicht mehr anders geht. I confess: Ich neige zum Messie. Sie wissen, was das bedeutet? Messies wird schnell mal die Wohnung zu eng. Sie träumen von Fünfzig-Zimmer-Villen, dann könnten sie jedes Jahr einen Raum mehr füllen. Das ist nicht komisch, sondern eine Krankheit, und wenns schlimm kommt, endet es wie oben geschildert. Messies gibts in zwei Versionen: Feuchte lassen auch die Nasszonen vergammeln, bis sie zu neuem Leben erwachen, trockene beschränken sich auf den Nonfoodbereich.

Unser Häuslein hat nur vier Zimmer – aber Keller und Estrich. Doch zum Glück bin ich trocken: Mein Chaos ist papierern – und ich kenne mein Problem: Wer nichts wegwerfen kann, lässt am besten nichts ins Haus. Reklame? Ins Altpapier! – Zeitschriften-Schnupper-Abos? Nicht mit mir! – Städtetrips zum «Gang go lädele»? Ich sicher nicht! – Leuchttürme, Muschelkästchen, Matherhörner? Keine Chance! Gegen Mitbringsel bin ich immun. Ich weiss genau: Einmal im Haus, werd ich sie nie wieder los. Da stehen sie dann, fangen Staub, werden klebrig und erinnern nicht an romantische Strandnächte, sondern an die längst fällige Putzrunde. Doch das Leben bringt nicht nur Souvenirs, sondern auch Rechnungen, Kontoauszüge, dies und das – und Bücher, Bücher, Bücher. Einst weichen Männer meinen Neid, die der Zwei-Taschen-Theorie anhängen, nach der mann jederzeit bereit sein muss, mit der gesamten Habe gegen Sonnenuntergang zu reiten. Meine Mengen brachten schon damals freundliche ZügelhelferInnen zum Staunen. Erst der Computer half mir übers Gröbste weg: Dateistapel fangen keinen Staub, fallen nicht um und müssen – dank wachsendem Speicherplatz – nur selten ausgemistet werden. Aber im Grunde ist Chaos doch Leben. Und es hält gesellig, denn für Gäste räumen wir auf. Und sitzen, wenn sie wieder weg sind, selig lächelnd inmitten ungewöhnlicher Leere. Für zwei – na, sagen wir anderthalb Tage.

Karin Hoffsten

11 x SCHÖNER LEBEN

1. Die Tütensuppe würzen 2. Mitten in der Stadt ein Storchchenpaar beobachten 3. Fremde Katzen streicheln 4. Selbstzweifel infrage stellen 5. Sommerabende 6. Endlich Fenster geputzt haben 7. Nette Redaktionsleiterinnen 8. Laut niesen 9. Ihm den neusten Genazino vorlesen 10. Spontane Hilfsaktionen für die WOZ 11. Geld auf PC 80-29645-5 überweisen

Ihre Beispiele via E-Mail an die WOZ: 11x@woz.ch